

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Geschäftsvermittlung. — Preis pro Spalte Nr. 63.

Abdruckpreis: Die Abdruckpreise für Anzeigen sind nach Maßgabe der Spaltenzahl, des Wortes und des Tages der Anzeigen zu bestimmen. — Preis pro Spalte Nr. 63.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Rente Amt Leipzig Nr. 1940

Nr. 301

Mittwoch, den 30. Dezember 1925

20. Jahrgang

Polnische Intrigen im Völkerbund.

Gegen die Abmachungen von Locarno.

Paris, 28. Dez. Bertinax vom „Jeu de Paris“ steht anlässlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eine vollständige Umgestaltung des Völkerbundes voraus. Es sei vereinbart, schreibt er, daß Deutschland einen ständigen Sitz erhalte, aber auch andere Staaten stellen dasselbe Verlangen, so insbesondere Spanien und Brasilien, aber auch in letzter Zeit Polen. Polen habe bereits gewisse Vorstöße diplomatischer Art in dieser Richtung unternommen. Es begründet sein Verlangen damit, daß „alle Aussicht besteht, daß die Mehrzahl der Fragen, die Deutschland vor den Völkerbund bringen wird, Polen direkt angeht“.

Bertinax tritt natürlich dafür ein, daß Polens Wünsche erfüllt werden. Er sieht aber Schwierigkeiten voraus insofern, als sich bei einer Erweiterung des Völkerbundes auf 11 oder 12 Mitglieder die Bestimmung des Rates, wonach seine Beschlüsse mit Einstimmigkeit gefaßt werden müssen, nicht mehr durchzuführen lassen. (1) Weiter macht Bertinax darauf aufmerksam, daß die Amtszeit der wichtigsten Völkerbundsbeamten 1926 abläufe, und daß bei dieser Gelegenheit Deutsch-

land sicher nicht verfehlen werde, seine Wünsche anzumelden. Es geht das Gerücht, daß auch der ständige Generalsekretär Sir Eric Drummond, der im Vertrag von Versailles auf Lebenszeit ernannt sei, zurückzutreten beabsichtige.

Die Ideen, die hier Bertinax für die französischen Chauvinisten und deren polnische Freunde propagiert, sind im höchsten Grade giftig. Würden sie verwirklicht, so würde Deutschland nach seinem Eintritt um alle diesbezüglichen Zusicherungen von Locarno geprellt und betrogen werden. Für die Entschliefungen Deutschlands, sich bei der erfolgten Interpretation des Art. 18 zu beruhigen, war gerade die Einstimmigkeit der Ratsbeschlüsse ausschlaggebend. Die Tendenzen, die Bertinax vertritt, würden folglich Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verhindern. Ohne Herrn Bertinax allzu ernst zu nehmen, muß dies doch gleich gesagt werden, und es wäre wünschenswert, wenn man in Frankreich selbst diesen sauberen Vorschlag — mit falschen Karten zu spielen — schnellstens desaboulierte.

Osten und Westen.

Der große Dichter des englischen imperialistischen Machtgebantens, Kipling, hat ein Wort geschaffen, das die hoffnungslose Weite der Kluft zwischen abendländischer und morgenländischer Kultur und Auffassung andeuten soll: „Osten ist Osten und Westen ist Westen. Niemals kommen sie einander nahe.“ Der Dichter liegt schwerkrank darnieder und gerade in diesen Stunden, die ihm das Schicksal vielleicht schon vorzählt, sieht er wieder das große Reich von neuem gegen den Osten engagiert. Es ist aber nicht nur jener Osten, den Kipling gemeint hat, den Osten der indischen Wundervelt, der Kleinfürsten und Maharadschas, die durch den Soldaten und den Spion in Schach gehalten werden. Der Osten, der sich gegen das britische Weltreich empor, ist viel größer geworden. Die Verbindung dieses Ostens, der von Kleinasien bis nach Wladivostok reicht, mit Rußland rückt bereits in den Bereich tatsächlich politischer Geschehens und dazu ist auch die alte Feindschaft zu den Sultanen von Konstantinopel in einer moderneren Form wieder lebendig geworden.

Um das Wort Wostok gruppieren sich bereits feste Vorstellungen, recht materielle, aber auch recht geistige. Der englische Imperialismus rechnet mit Tonnen Petroleum und der Orient trachtet die Person Herboruz bringen, die er braucht, um den geistigen Gehalt des Begriffes in einen festen, politischen Guß zu formen. Orient hofft auf einen Napoleon, der sich ein Weltbild formt und aus Ahnungen, Träumen und langüberlebten Traditionen ein Gebilde der Zukunft zimmert. Über der wirkliche Napoleon war aber der Volkstrotzer des Wilhelms einer geschlossenen Nation. Auf diese konnte er sich stützen, ihre Kräfte reserven konnte er immer wieder mobilisieren. Der Orient aber ist noch keine zur Initiative fähige Einheit. Er verfügt über kein Volk im europäischen Sinne. Dort haltet man, wo man in Europa war, als der Dreißigjährige Krieg die Fürsten dazu verleitete, ihren Landsknechten die Länder plündern zu lassen, um der besseren Religion zum Sieg zu verhelfen.

Vielleicht steht auch Asien vor einer „Erbung“. Der Anstich kommt dort augenscheinlich aus Rußland, das sich immer planmäßiger von der europ. Gemeinschaft löst. Entweder im Verein oder ohne Japan trachtet es nach der Führung in Asien. Ob seine Interventionen in China im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten erfolgen, dafür gibt es manche Symptome, aber keine Beweise. Im Zuge der amerikanischen Politik könnte es liegen, den asiatischen Verkaufsweg weiter ausdehnen zu lassen. Amerika bleibt dem Völkerbunde fern, dessen Autorität noch immer im Urteil der Zeitgenossen schwankt. Ob nicht England endlich dem Beispiel Amerikas folgen wird, indem es die freie Union der angelsächsischen Nationen anstrebt?

Einstweilen verbündet sich dieses Rußland auch mit der neuen Türkei, die auf Ablehnung der Modernisierung die Todesstrafe stellt. Ueber Angora und Konstantinopel aber geht der Weg nach dem Balkan, wo eine latente Bauernrevolution und eine tiefenwurzelte panslawistische Tradition Rußland noch immer als den großen Bruder erscheinen läßt. Die äußersten Strahlen dieser Bewegung laufen bis Prag.

So zeigen sich heute, am Schluß eines Jahres voll Friedenskonferenzen und blutigen Zusammenstößen, deutlich die Tendenzen zur Bildung zweier großer Machtzentren. Des angelsächsischen und des slawisch-türkisch-japanischen. Die Politik des Gleichgewichtssystems droht wiederzukehren und mit Zielstrebigkeit steuert sie wieder auf den Zustand des bewaffneten Friedens hin. Zwischen den beiden Rivalen aber liegt jetzt entworfen das große deutsche Volk. In wessen Arme wird es das Schicksal treiben?

Die Vorgänge im nahen Orient geben den führenden Mächten in der Weltpolitik den Vorwand für ihre Rüstungen, die der Lösung der Probleme im Fernen Osten dienen. Die Kolonialmächte sehen sich vor, um gegen Waffenerhebungen gewappnet zu sein. Nur daß Ursache und Wirkung nirgends klar zu Tage treten, es gerätet wird, um die „heilige Ordnung“ im Orient aufrechtzuerhalten oder ob im Orient intrigiert wird, um in der friedfertigen Atmosphäre Europas die Rüstungen zu rechtfertigen. Gewisse Ereignisse in Syrien, Marokko und Tripolis verführten nur die Zweifel. Auch die Heranziehung der Farbigen zum Weltkrieg rückt sich erst jetzt in fühlbarem Maße. Die Farbigen haben den Welt vor der welken Kräfte verloren, die sich im Weltkrieg zerstreute und die indischen Rajas haben einen tiefen Blick in die Uneinigkeit und Unfähigkeit Europas machen können.

Das Jahr endet im Zeichen grenzenloser Anarchie, die im Namen von Recht und Ordnung ihre Wunder entfaltet. Daß der große Krieg nicht wiederholt wird, dafür bürgt nicht der Friedenswille der Waffen Europas. Der sicherste Friedensbürg ist der große Welt-

Deutschlands Vertretung im Völkerbund.

Blickt auf einen ständigen Vertreter.

Berlin, 28. Dez. Die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ schreibt: Ein Berliner Montags-Blatt bringt heute Ausführungen über angebliche Maßnahmen der Reichsregierung bzw. des Außenministers zur Ernennung eines deutschen Delegierten beim Völkerbund. Deutschland hat sein Zulassungsgesuch noch nicht eingebracht, ist noch nicht in den Völkerbund aufgenommen und wird erst nachher in die Lage kommen, sich bei Völkerbunds- und rats-tagungen vertreten zu lassen. Es sind daher Personalfragen bisher überhaupt noch nicht erörtert worden.

Die Reichsregierung beabsichtigt jedoch keine ständigen führenden Vertreter in Genf zu unterhalten, sondern von Fall zu Fall, genau wie das auch die anderen Mächte tun, sich entweder durch den Reichsaußenminister oder durch andere beauftragte Delegierte vertreten zu lassen.

Politische Stille in Berlin.

Die Frage der Regierungsbildung wird kaum vor der zweiten Januarwoche in Fluß kommen. Reichskanzler Luther, der einen Erholungsurlaub angetreten hat, wird erst am 7. Januar in Berlin zurück erwartet. Bis verläutet, dürfte Reichspräsident v. Hindenburg vorher keine weiteren Schritte in der Regierungsbildung unternehmen. Im übrigen weilen zur Zeit auch die maßgebenden Parteiführer fern von Berlin. Reichsminister a. D. Koch hat eine kurze Reise angetreten, von der er erst Anfang Januar zurückkehrt, und auch der Zentrumsführer Marx trifft erst am 9. Januar wieder in Berlin ein. Das nächste Ereignis, das starkes Interesse beansprucht, ist die gemeinsame Tagung der Parteileitung und der Fraktionsvorstände des Zentrums, die am 10. Januar in Berlin stattfindet. Es heißt, daß auf dieser Tagung neue Versuche zur Bildung der großen Koalition zur Sprache kommen werden. Eine Wiederholung des Versuchs, die große Koalition doch noch zustande zu bringen, wird auch in demokratischen Kreisen als notwendig bezeichnet.

Die Rheinlandreise des Reichspräsidenten.

Es ist schon mehrfach angekündigt worden, daß Reichspräsident von Hindenburg voraussichtlich Anfang Februar eine Reise in die besetzten Teile des besetzten Rheinlands zu unternehmen gedenkt, um die von der Besatzung neu besetzten Bevölkerungsteile zu begrüßen. Wie der „Reichsdienst der deutschen Presse“ hört, bereiten nunmehr die zuständigen rheinischen Behörden ein Programm für diese Reise und die damit verbundenen Veranstaltungen vor. Angesichts der ersten wirtschaftlichen Lage besteht an maßgebenden Stellen die Ansicht, diese Veranstaltungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, so daß einer Anzahl von Anregungen seitens zahlreicher Ortschaften und Landkreise, die in letzter Zeit Stimmung für einen Besuch des Reichspräsidenten gemacht haben, kaum stattgegeben werden dürfte. Außer der allgemeinen politischen Lage ist hierfür in Betracht gezogen worden, daß nach dem Vordemerkensweis allein im besetzten Gebiet 180 000 Arbeitslose, das heißt 17,4 pro Milie zu verzeichnen sind.

Der Frieden von London.

Staatssekretär a. D. v. Kühlmann, der in letzter Zeit mehrfach als Kandidat für die Vertretung Deutschlands in Genf genannt wurde, sagt in der „Frankfurter Zeitung“ über den Stand der deutschen Außenpolitik:

„Locarno ist ein erster Versuch größter Eils, das uralte schwierigste politische Problem des mittleren Europas, die Neutralität Deutschlands und Frankreichs am Rhein, für eine lange Periode zur Ruhe zu bringen, und zwar dadurch, daß England erklärt, es werde dem ewigen Friedensstörer zusammen mit dem Angegriffenen notfalls mit seiner gesamten Macht entgegenzutreten. Der sogenannte Pakt ist nichts anderes als ein unter Bedingungen abgeschlossener Bündnisvertrag. Das englische Schwergewicht, sei es in der deutschen, sei es in der französischen Hand, ist so stark, daß durch dieses Abkommen ein deutsch-französischer Krieg um den Rhein in nächster Zeit unwahrscheinlich wird, weil er dem Angreifer so gut wie keine Aussicht auf Erfolg eröffnen würde. Für Deutschland liegt ein Nachteil darin, daß der Zustand, wie ihn der Krieg geschaffen hat, nicht vererbt, aber immerhin auf voraussichtlich lange Zeit stabilisiert wird, ein großer Vorteil aber darin, daß Frankreich in Anwendung offener Gewalt gegen Deutschland sich Mühe gibt, die aufrechterhalten müssen. Deutschland ist nach diesem Vertrag sechs Jahre nach Beendigung des größten Krieges der Weltgeschichte wieder als gleichberechtigte Macht in das europäische Staatensystem eingetreten. Ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, wie lange der Krieg gedauert hat, wie sehr seine Dauer und Härte Interesse verleiht und Leidenschaften erregt hatte und wie lange nach 1870 Frankreich seine Forderung ertragen mußte, bis die geduldig und mühsam nach Rußland angespannten Fäden sich zum Bündnis verflochten. Es war außerordentlich auffallend, daß der Pakt, den man viel zweckmäßiger für Berlin den Frieden von London nennen sollte, obwohl er, wie dargelegt, einen entscheidenden Schritt in der deutschen Außenpolitik bedeutete, an sich in der Öffentlichkeit relativ wenig diskutiert wurde. Die ganze Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die sogenannten Rückwirkungen, insbesondere die Besatzungsfragen. Dabei sind doch diese, so wichtig sie für das Wohl und Wehe besonders der lebenden Bevölkerung der besetzten Zone sind, fast nebensächlich im Vergleich zu der ungeheuren Wichtigkeit der Wirkungen dieses Vertrags auf die Außenpolitik und die gesamte Zukunft Deutschlands. Besatzungen, die nicht mehr in irgendeiner Form verlagene Autonomien oder brutale Annerkennung vorbereiten bestimmt sind, hören erfahrungsgemäß auf, wenn ihnen die innere Notwendigkeit fehlt.“

Völkische Hehe gegen den Reichspräsidenten.

Seitdem der Reichspräsident v. Hindenburg die Locarno-Verträge unterzeichnet hat, betreiben die Nationalisten eine unerbittliche Hehepropaganda. Auch die in Württemberg erscheinende „Völkische Wacht“ kann bei diesem Schimpfkonzert nicht zurückbleiben. Nachdem sie dem Reichspräsidenten „deutsches Gewissen“ und „deutsche Ehre“ adgesprochen hat, schreibt das Blatt: „Es war vielleicht die größte politische Lächerheit nationaler Kreise in diesem Jahr, um einiger unbedeutender, nicht einmal eingetretener Vorteile willen diesen alten Mann auf den Präsidentenstuhl zu setzen, der heute ein willenloses Werkzeug seiner Umgebung ist. Wo blieb die Reinigung unseres öffentlichen Lebens, die Hindenburg verbrochen hat? Die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs wird zu den traurigsten Kapiteln der Geschichte der Gegenwart gehören.“ Diese maßlosen Heheereien gegen den obersten Beamten des Deutschen Reiches setzen die Reichsstände mit gleichgültigsten Schweigen zu. An Warnungen fehlt es nicht. Die Stimmen werden immer zahlreicher und lauter, daß diesen Schwärzereien auf gesetzlichem Wege ein Ende gesetzt wird.